

# Protokollauszug

aus der  
24. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-  
lung der Landeshauptstadt Potsdam  
vom 03.11.2010

---

öffentlich

**Top 8.35 Fluglärm BBI**  
**10/SVV/0858**  
**an Gremium überwiesen**

Die Vorlage wird vom Stadtverordneten Schröder eingebracht. Er informiert, dass die von der Fraktion FDP beantragte **Änderungen** mit dem Wortlaut:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in der Lärmschutzkommission dahingehend einzu-  
setzen, dass ein Überfliegen der Stadt, durch abfliegende oder landende Flugzeuge des BBI,  
dauerhaft ausgeschlossen wird.*

*Im Falle, dass erneut Flugrouten vorgestellt werden, in denen Potsdam überflogen werden soll,  
ist umgehend ein Lärmschutzgutachten, vor allem aber auch ein Kerosin-Niederschlagsgutachten  
zu erstellen. Diese Gutachten sind von der Stadt selber in Auftrag zu geben, um die Unabhän-  
gigkeit Land Brandenburg zu gewährleisten.*

*Im Nachgang zur 1. Sitzung der Lärmkommission und in Vorbereitung auf alle weiteren Diskus-  
sionen ist ein Vor-Ort-Termin bei der DFS (Deutschen Flugsicherung) mit der Möglichkeit der  
Teilnahme eines Vertreters aller Fraktionen und Gruppen anzuberaumen.*

**übernommen werden.** Antragstellerinnen sind nunmehr die Fraktionen CDU/ANW und FDP.

Mit der vom Oberbürgermeister Herr Jakobs per Geschäftsordnungsantrag empfohlenen **Über-  
weisung** der DS 10/SVV/0858 **in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und  
ländliche Entwicklung** erklären sich die Antragstellerinnen einverstanden.

Seitens der Stadtverordnetenversammlung erhebt sich gegen die Überweisung kein Wider-  
spruch.

Ebenfalls in den o. g. Ausschuss überwiesen wird der **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen**, der den Wortlaut hat:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse des Lärmgutachtens, bei der Umset-  
zung der EU-Umgebungslärmrichtlinie im Rahmen der Erarbeitung des Lärmaktionsplanes für  
die Landeshauptstadt Potsdam mit einfließen zu lassen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Lärmschutzgutachten unter Berücksichtigung der  
jetzt bekannten An- und Abflugrouten in Auftrag zu geben.